

Schutz der Kiesgrube im Niderfeld, Naturschutzgebiet von überkommunaler Bedeutung in Andelfingen

(vom 15. Mai 1990)

Die Direktion der öffentlichen Bauten,

gestützt auf Art. 18 ff. des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) und §§ 203, 206 und 211 des Planungs- und Baugesetzes (PBG),

erlässt folgende Verfügung:

1. Die Kiesgrube Niderfeld auf einem Teil der Parzelle Kat.-Nr. 171 mit Feucht-, Trocken- und Ruderalbiotopen in der Gemeinde Andelfingen wird gemäss Plan Mst. 1:2500 unter Naturschutz gestellt und der Naturschutzzone (Zone I) zugeteilt. Schutzobjekte

Das Schutzgebiet umfasst durchlässige Sand- und Kiesflächen mit Pioniervegetation und mit vegetationsfreien Stellen, Gebüsche, seichte, zeitweise austrocknende Tümpel, Wälle und Böschungen mit anstehenden Sandhorizonten. Diese Kiesgrubenbiotope bilden den Lebensraum für seltene und geschützte Arten, insbesondere für wärmebedürftige Insekten und andere trockenheitsertragende Pionierarten.

2. Schutzziel ist die umfassende und ungeschmälerete Erhaltung und Förderung des Schutzgebietes als Lebensraum seltener und geschützter Tier- und Pflanzenarten und deren Gemeinschaften. Schutzziel

Die Naturschutzzone dient der Erhaltung der Ruderalflächen, Trockenstandorte, Gehölze und der übrigen Biotopelemente als Lebensraum seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten und deren Gemeinschaften.

3. Im Schutzgebiet sind alle Tätigkeiten, Vorkehren und Einrichtungen verboten, welche mit dem Schutzziel unvereinbar sind, namentlich Tiere und Pflanzen beeinträchtigen oder andere natürliche Verhältnisse nachteilig verändern könnten, ferner solche, die im Landschaftsbild störend in Erscheinung treten. Schutzanordnungen

Insbesondere sind verboten:

- das Errichten von Bauten und Anlagen aller Art
- Geländeänderungen und Ablagerungen aller Art
- das Bewässern und Entwässern sowie das Einleiten von Abwässern

- das Düngen und das Verwenden von Giftstoffen
- andere Nutzung als zur Erhaltung nötig
- das Weidenlassen
- das Aufforsten oder Anlegen von Baumbeständen
- das Beseitigen von Hecken, markanten Bäumen und Sträuchern
- das Ansiedeln von standortfremden Tieren und Pflanzen
- das Pflücken, Ausgraben oder Zerstören von wildwachsenden Pflanzen und Pilzen
- das Töten, Verletzen, Fangen oder Stören von wildlebenden Tieren, ausgenommen im Rahmen der bewilligten Jagd
- das Anfachen von Feuer, das Lagern, Zelten, Kampieren sowie das Überlassen von Standplätzen dafür
- das Fahren und Reiten abseits von Strassen und Wegen
- das Laufenlassen von Hunden (Leinenzwang)

Pflege, Unterhalt

4. Das Naturschutzgebiet ist fachgerecht zu unterhalten und zu pflegen. Sämtliche Pflege- und Unterhaltsarbeiten haben sich nach dem Schutzziel zu richten. Die dafür erforderlichen Massnahmen sind von den Verboten gemäss Ziffer 3 ausgenommen. Sie werden, soweit erforderlich, nach Erlass der Schutzverfügung in einem Pflege- und Gestaltungsplan festgelegt.

Übersteigen die Anordnungen in unzumutbarer Weise die allgemeine Pflicht des Eigentümers, sein Grundstück zu unterhalten, so ist die Betreuung durch das anordnende Gemeinwesen zu übernehmen und vom Eigentümer zu dulden (§§ 207 PBG).

Grundsätzlich sind folgende Unterhaltsarbeiten auszuführen und folgende Gestaltungsmassnahmen vorgesehen:

- 4.1 Die Dynamik der Ruderalflächen ist durch periodisches Entfernen der Vegetation zu erhalten.
- 4.2 Hecken und Gebüsche sind periodisch selektiv und abschnittsweise zu verjüngen.
- 4.3 An geeigneten Stellen sind neue Tümpel zu schaffen.

Ausnahmeregelung

5. Wenn besondere Verhältnisse, insbesondere das wissenschaftliche Interesse, es erfordern, kann die Baudirektion unter sichernden Bedingungen Ausnahmen von diesen Vorschriften gestatten.

Strafbestimmungen

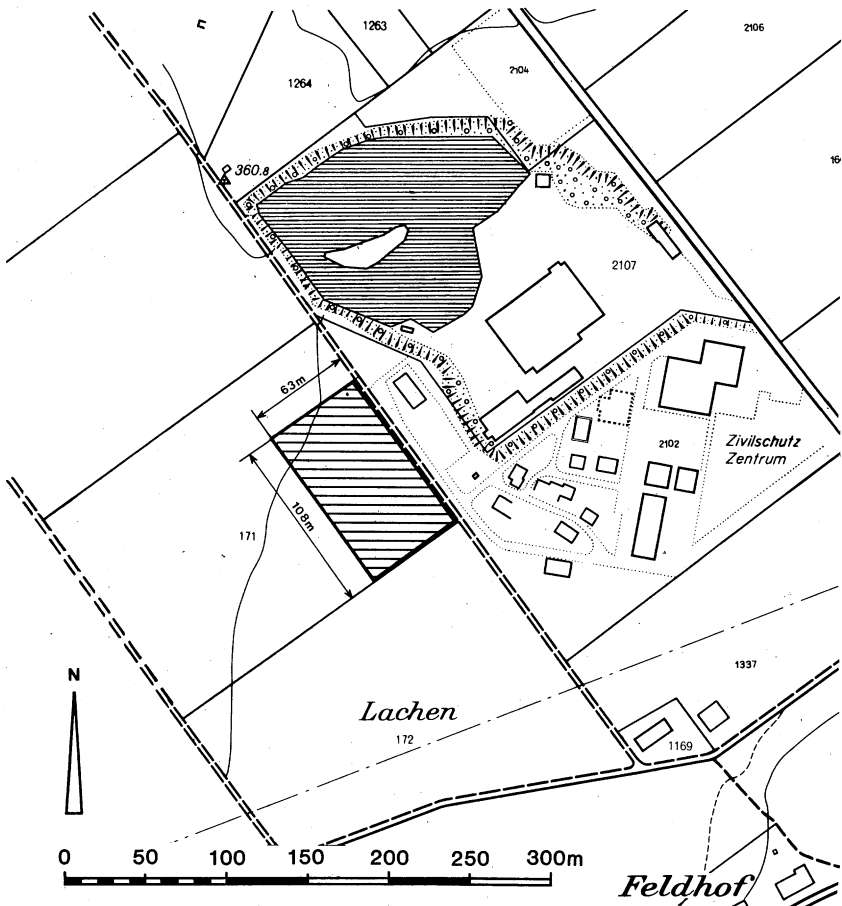
6. Zuwiderhandlungen gegen diese Verfügung werden gemäss Art. 24 ff. NHG und §§ 340 f. PBG geahndet.

Verfügung zum Schutz der Kiesgrube Niederfeld in Andelfingen

(Naturschutzgebiet von überkommunaler Bedeutung)

BDV Nr.342 vom 15.5.1990

 Zone I Naturschutzzone



Inkrafttreten

7. Diese Verfügung tritt sofort in Kraft.

Rechtsmittel

8. Gegen diese Verfügung kann innert 20 Tagen ab Publikation schriftlich begründeter Rekurs beim Regierungsrat eingereicht werden. Allfälligen Rekursen wird die aufschiebende Wirkung entzogen.

Zürich, den 15. Mai 1990

Direktion der öffentlichen Bauten
Honegger

Schutz von Naturschutzgebieten mit überkommunaler Bedeutung in Andelfingen

(vom 27. Mai 1991)

Die Direktion der öffentlichen Bauten,

gestützt auf Art. 18 ff. des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) und §§ 203, 206 und 211 des Planungs- und Baugesetzes (PBG),

erlässt folgende Verordnung:

1. Die folgenden Objekte werden unter Naturschutz gestellt:

Schutzobjekte

Objekt Nr.	Name
1	Hangried und Steilhangwald Unter Erlen
2	Kiesgruben im Niderfeld
3	Hangried im Moos
4	Hätteliweiher
5	Thuraltlauf Inslen

2. Die Schutzgebiete werden in folgende Zonen gegliedert:

Schutzzonen

Zone I	Naturschutzzone
Zone IV	Waldschutzzone

Die Lage sowie Grenzen und Zonen der Schutzgebiete sind aus dem Übersichtsplan Mst. 1 : 5000 ersichtlich, welcher Bestandteil dieser Verordnung ist.

3. Schutzziel ist die umfassende und ungeschmälerte Erhaltung der Schutzobjekte als Lebensräume seltener und geschützter Tier- und Pflanzenarten und -gemeinschaften sowie als wesentliche Elemente der Landschaft und als Zeugen früherer Bewirtschaftungsformen.

Schutzziel

Zone I Naturschutzzone

Zone I

Die Naturschutzzone dient der Erhaltung der schutzwürdigen Gebiete als Lebensraum seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten und -gemeinschaften sowie dem Schutz der Landschaft.

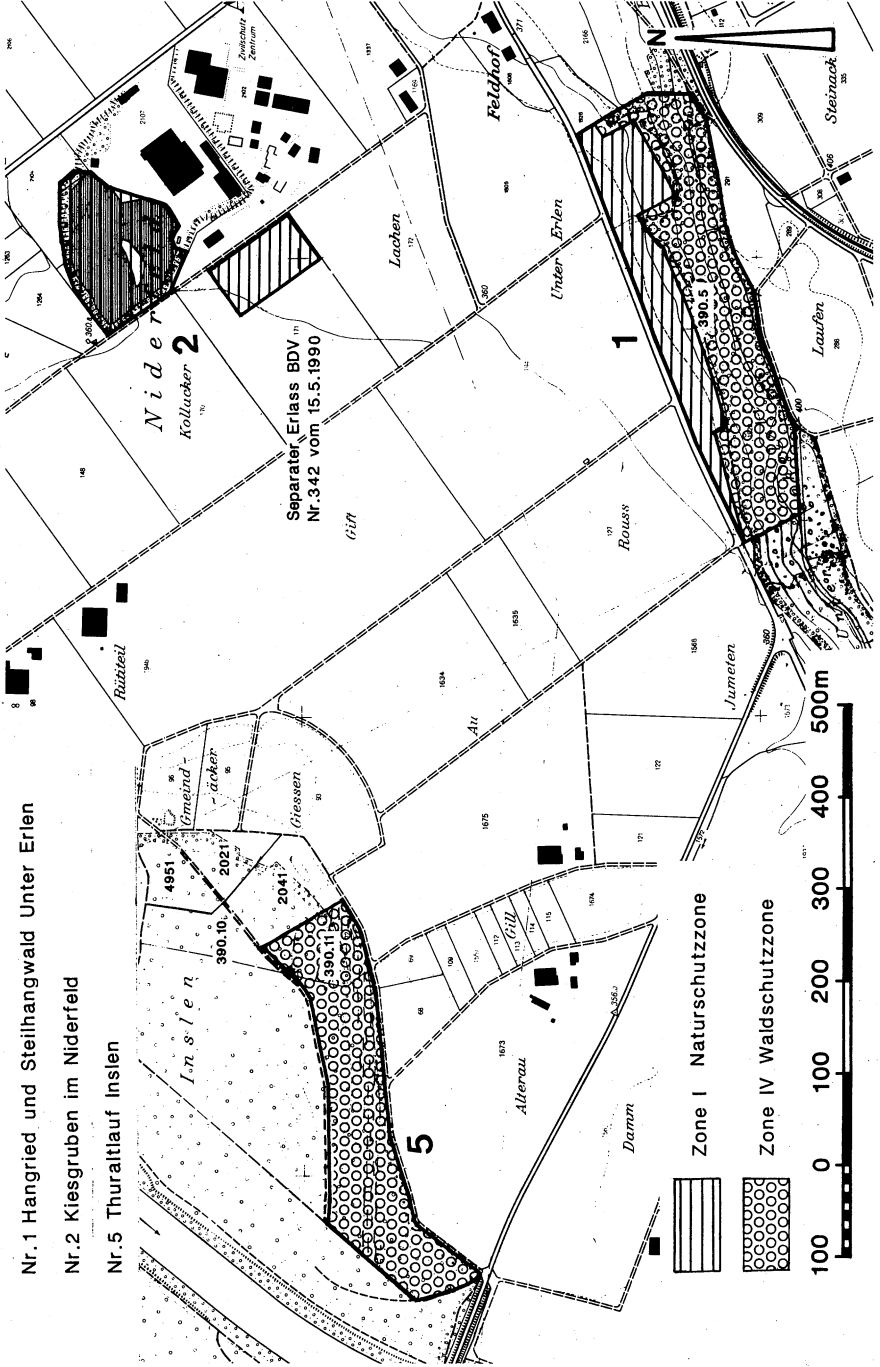
Verordnung über den Schutz von Naturschutzgebieten mit überkommener Bedeutung in Andelfingen

BDV Nr. 749 vom 27.5.1991

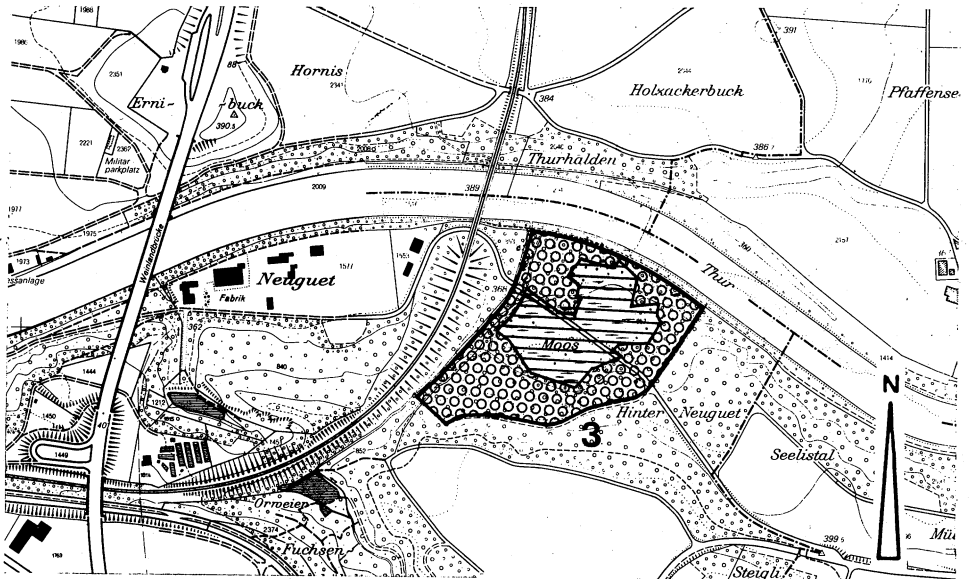
Nr.1 Hangried und Steilhangwald Unter Erlen

Nr.2 Kiesgruben im Niderfeld

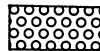
Nr.5 Thurraitlauf Inslen



Nr.3 Hangried im Moos

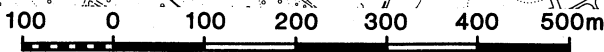
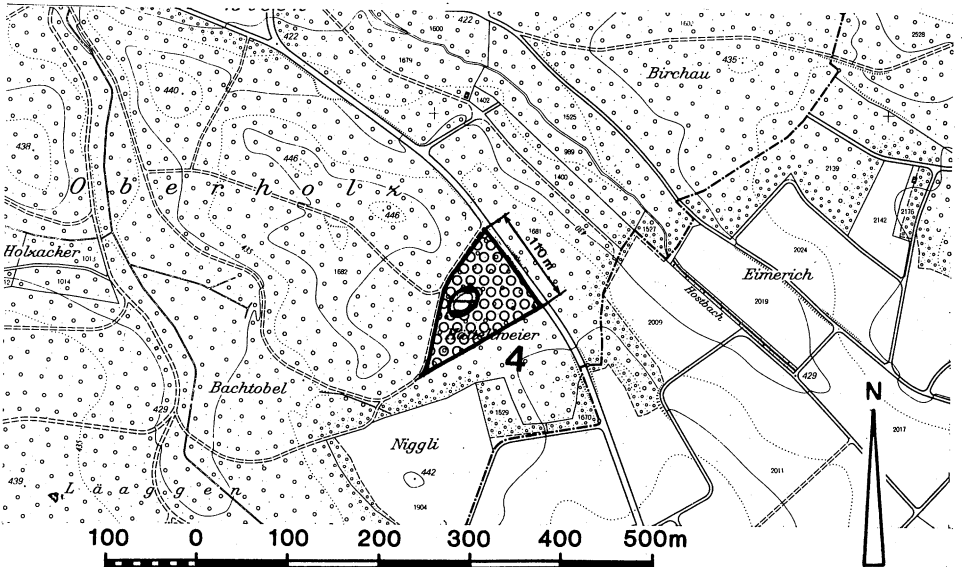


Zone I Naturerschutzzone



Zone IV Waldschutzzone

Nr.4 Hätteliweiher



Zone IV

Zone IV Waldschutzzone

Die Waldschutzzone dient der langfristigen Erhaltung bzw. Erziehung standortgemässer Waldgesellschaften, schutzwürdiger Waldformen und -typen sowie stufig aufgebauter, busch- und artenreicher Waldränder.

Schutz-
anordnungen

4. In den *Naturschutzgebieten* sind alle Tätigkeiten, Vorkehren und Einrichtungen verboten, welche mit dem Schutzziel unvereinbar sind, namentlich Tiere und Pflanzen beeinträchtigen oder die Beschaffenheit des Bodens oder andere natürliche Verhältnisse nachteilig verändern können, ferner solche, die im Landschaftsbild störend in Erscheinung treten.

Die Waldbewirtschaftung bedarf der forstamtlichen Bewilligung.

Insbesondere sind verboten:

Zone I

4.1 In der *Naturschutzzone I*

- das Errichten von Bauten und Anlagen aller Art;
- Geländeveränderungen und Ablagerungen aller Art;
- das Bewässern und Entwässern sowie das Einleiten von Abwässern;
- das Düngen und das Verwenden von Giftstoffen;
- das Weidenlassen;
- das Aufforsten oder Anlegen von Baumbeständen ausserhalb des Waldes;
- das Beseitigen von Hecken, markanten Bäumen und Sträuchern sowie Baumgruppen ausserhalb des Waldes;
- das Ansiedeln von standortfremden Tieren und Pflanzen;
- das Pflücken, Ausgraben oder Zerstören von wildwachsenden Pflanzen und Pilzen;
- das Töten, Verletzen, Fangen oder Stören von wildlebenden Tieren, ausgenommen im Rahmen der bewilligten Jagd und Fischerei;
- das Anfachen von Feuer, das Lagern, Zelten, Kampieren sowie das Überlassen von Standplätzen dafür;
- das Fahren und Reiten abseits von Strassen und Wegen;
- das Laufenlassen von Hunden (Leinenzwang);
- das Betreten der Hangriede Unter Erlen (Nr. 1) und im Moos (Nr. 3) in der Zeit vom 15. März bis 1. September, ausser auf markierten Wegen und im Wald.

4.2 In der *Waldschutzzone IV*

- das Errichten von Bauten und Anlagen aller Art;
- Geländeänderungen und Ablagerungen aller Art;
- das Bewässern und Entwässern sowie das Einleiten von Abwässern;
- das Düngen und das Verwenden von Giftstoffen;
- das Weidenlassen;
- das Ansiedeln von standortfremden Tieren und Pflanzen;
- das Pflücken, Ausgraben oder Zerstören von wildwachsenden Pflanzen und Pilzen;
- das Töten, Verletzen, Fangen oder Stören von wildlebenden Tieren, ausgenommen im Rahmen der bewilligten Jagd;
- das Anfachen von Feuer, das Lagern, Zelten, Kampieren sowie das Überlassen von Standplätzen dafür;
- das Fahren und Reiten abseits von Strassen und Wegen;
- das Laufenlassen von Hunden (Leinenzwang).

5. Die Naturschutzgebiete sind fachgerecht zu unterhalten und zu pflegen. Sämtliche Pflege- und Unterhaltsarbeiten haben sich nach dem Schutzziel zu richten. Die dafür erforderlichen Massnahmen sind von den Verboten gemäss Ziffer 4 ausgenommen. Sie werden, soweit erforderlich, in einem Pflegeplan festgelegt. Pflege,
Unterhalt,

Übersteigen die Anordnungen in unzumutbarer Weise die allgemeine Pflicht des Eigentümers, sein Grundstück zu unterhalten, so ist die Betreuung durch das anordnende Gemeinwesen zu übernehmen und vom Eigentümer zu dulden (§ 207 PBG).

Grundsätzlich sind folgende Unterhaltsarbeiten auszuführen:

- 5.1 Die Riedwiesen sind in der Regel jährlich ab 1. September zu mähen. Die Streue ist bis 15. März wegzubringen.
- 5.2 Hecken und Waldränder sind periodisch selektiv und abschnittsweise zu verjüngen.
- 5.3 Der Wald ist dem Schutzziel entsprechend zu bewirtschaften. Im Rahmen dieser Zielsetzung legt der Forstdienst die erforderlichen Massnahmen fest. Dabei ist die Naturverjüngung zu fördern. Bei Neuanpflanzungen bzw. Durchforstungen sind Gehölzarten des standortgemässen Naturwaldes auszuwählen bzw. zu fördern.

6. Wenn besondere Verhältnisse, insbesondere das wissenschaftliche Interesse, es erfordern, kann die Baudirektion unter sichernden Bedingungen Ausnahmen von diesen Vorschriften gestatten. Ausnahme-
regelung

Straf-
bestimmungen

7. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden im Sinne von § 340 f. PBG geahndet.

Inkrafttreten

8. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Rechtsmittel

9. Gegen diese Verordnung kann innert 20 Tagen ab Veröffentlichung schriftlich begründeter Rekurs beim Regierungsrat eingereicht werden. Allfälligen Rekursen wird die aufschiebende Wirkung entzogen.

Zürich, den 27. Mai 1991

Direktion der öffentlichen Bauten des Kantons Zürich
Hofmann